

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 19. März 1889.

Nr. 132.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg.

Die Redaktion.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Plenarsitzung vom 18. März.
Präsident von Köller eröffnet die Sitzung mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen nach 11¹/₂ Uhr.

Das Haus beschäftigte sich zunächst mit der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Theilung des Regierungsbezirks Schleswig; es wird hier die Zuweisung der Kreise Oldenburg, Plön, Stadtkreis Kiel, Landkreis Kiel, Rendsburg, Norddithmarschen, Süderdithmarschen, Steinburg, Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Stadtkreis Altona und Herzogthum Lauenburg an eine in Kiel zu errichtende Regierung gefordert.

Nachdem Berichterstatter Abg. Hansen (freik.) den Beschluß der Kommission auf Annahme der Vorlage von Neuem befürwortet, nachdem der schleswig-holsteinische Provinziallandtag sich in zustimmendem Sinne ausgesprochen, beläupft

Abg. v. Radowitz (freik.) den Gesetzentwurf namens eines Theils seiner politischen Freunde, indem er sich gegen die hier notwendig werdende Vermehrung des Beamtenapparats ausspricht, sodann die Bedenken betont, welche gegen eine verachtete Schaffung eines Präsidialorgans abzuweisen und außerdem auf die schwere Mifstimmung hinweist, welche die Vorlage in der theilhaftigen Provinz hervorgerufen habe.

Vizepräsident des Staatsministeriums Minister v. Bötticher schildert auf Grund seiner mehrjährigen Erfahrung, als Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein die außerordentliche Ueberbürdung der Regierung zu Schleswig, so daß er schon damals zu der Ueberzeugung gelangt, die Einrichtung einer einzigen Regierung solle sich als ein Fehler dar; mit Gehaltssteigerungen lasse sich das nicht helfen, denn die theilhaftigen Beamten, die ohnehin schon keine Zeit zu den so notwendigen Informationsreisen finden könnten, wären nicht im Stande, noch über ihre 10- bis 12stündige Arbeitszeit hinaus im Dienste thätig zu sein. Was die behauptete Vermehrung in der Provinz anlangt, so werde die selbe bei verständiger ruhiger Verwaltung sehr bald von selber ein Ende finden. Eine Beziehung auf das: „Uebrig ungedeckt!“, welches nur zur Zeit des Ueberdauernthums eine Bedeutung gehabt, sei hier bei Gelegenheit einer rein sachlichen Verwaltungsangelegenheit völlig deplacirt und wenn er auch lebhaft wünsche, die der Stadt Schleswig erwachenden Nothstände abzuwenden zu können, so müsse doch hier, wo es sich um eine im Interesse des Ganzen erforderliche Maßnahme handle, das Interesse einer einzelnen Stadt zurück-

stehen, weshalb er für die Vorlage stimmen werde. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) giebt zunächst seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß nachdem man dem lokalen Partikularismus durch Anhören des Provinzial-Landtages in ausreichender Weise Rechnung getragen, nun angesichts der nahezu mit Zweidrittel-Majorität erfolgten Zustimmung dieses Vertretungskörpers der Provinz der Vorlage noch weiter Opposition gemacht werde. Nachdem Redner sodann unter Exemplifikation auf die nationale Entwicklung in Westpreußen und Posen für die Theilung als eine im nationalen Interesse durchaus erforderliche Maßregel plaidirt und betont, der beim Vorhandensein zweier Regierungen entschieden bessere, weil ausreichende Regierungsapparat dem Deutschthum zweifellos zum Vortheil gereichen werde, erklärt er, die administrative Seite der Angelegenheit sei von dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums, der die bezüglichen Erfahrungen als mehrjähriger oberster Verwaltungsbeamter der Provinz zu machen Gelegenheit gehabt, in so erschöpfender Weise erörtert worden, daß die kleinen noch weiterhin geltend gemachten Bedenken völlig verschwinden müßten. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen der Abgeordneten Kraß und Frhr. v. Zedlitz bei der ersten Lesung und setzt auseinander, daß es sich durchaus nicht um Vermehrung des bürokratischen Elementes handle, das er selber seit dem Uebergange zu den großen Neuorganisationen auf dem Verwaltungsgebiete bekämpfe. Nachdem er sodann den Herrn Minister gebeten, sein Augenmerk darauf richten zu wollen, daß die Stellen der Beamten, die dem Regierungspräsidenten zur Seite stehen, nicht als bloße Durchgangsposten betrachtet, sondern längere Zeit hindurch durch dieselben Personen verwaltet würden und nachdem er bezüglich der nöthig werdenden Regierungsgebäude namens seiner Partei das Prinzip der äußersten Sparsamkeit vertreten, bittet er, da die Bezugnahme auf die alten Provinzen für die Provinz Schleswig-Holstein in keiner Weise zutrefte, um Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Christophersen (freik.) bemängelt die Zusammenfügung des gegenwärtigen Provinziallandtages, dessen Votum den Wünschen der Gesamtbevölkerung nicht entspreche, wie das die zahlreichen gegen die Theilung gerichteten Petitionen bewiesen; Redner, welcher der Meinung ist, man hätte die Vorlage einem neu zu wählenden Provinziallandtage zur Begutachtung überweisen müssen, bittet um Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Minister Herrfurth erklärt, das Haus habe seine Entschliebung von dem Votum des Provinziallandtages abhängig gemacht und nach dem beabsichtigten Votum desselben sei die Sache eigentlich als entschieden zu betrachten; trotzdem verweise er auf eine große Anzahl von Mitgliedern des Hauses diesem Votum, das sie gewiß im Falle der Ablehnung der Vorlage als Ausfluß hoher Weisheit gepriesen haben würden. Nachdem sich der Minister sodann bezüglich der politischen-administrativen Seite der Vorlage auf die Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums bezogen, betont er, daß die Theilung des Regierungsbezirks Schleswig, die lediglich auf Grund der dortigen besonderen Verhältnisse notwendig erscheine, keinerlei präjudizialen Charakter habe.

Abg. v. Tiedemann-Labitz (freik.) tritt namens eines erheblichen Theils seiner Fraktion und auf Grund persönlicher gemachter Erfahrungen bezüglich der einschlägigen Verhältnisse als Schleswig-Holsteiner für die Vorlage ein, während

Abg. Ridert (freik.), der die behauptete Ueberbürdung der Schleswiger Regierung nicht für allzu schlimm erachtet, die Vorlage lebhaft beläupft.

Nachdem sodann noch die Abgg. v. Bülow und Bartels (beide kons.) auf Grund ihrer als Landräthe der Provinz resp. als Präsidialbeamten gemachten persönlichen Erfahrungen die Ueberbürdung der Schleswiger Regierung betont und für Annahme der Vorlage plaidirt, beläupft Abg. Kraß (freik.) unter Bemängelung der Zusammenfügung des gehörten Provinziallandtages

die Vorlage, während Abg. Frhr. v. Zedlitz und Reufsch (freik.), der den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktionsgenossen theilt, die gewünschte Entlassung der Regierungsbeamten auf dem Wege größerer Dezentralisation und weiterer Ausdehnung der Selbstverwaltung empfiehlt.

Nach weiteren, im Einzelnen bei der stetig wachsenden Unruhe des Hauses verloren gehenden, die Vorlage befürwortenden Ausführungen des Abg. Peters (natlib.) wird ein Antrag des Abg. v. Rauchhaupt (kons.) auf Vertagung der Abstimmung, sowie ein von dem Vizepräsidenten v. Benda nicht rechtzeitig verkündigter Antrag desselben Führers der konservativen Partei, welcher die Kreise Rendsburg, Nord- und Süderdithmarschen bei der Schleswiger Regierung belassen wissen wollte, abgelehnt, worauf das Haus den grundlegenden § 1 in namenslicher Abstimmung mit 169 gegen 127 Stimmen ablehnt; damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Nachdem sodann noch die Etats des Hauses der Abgeordneten, sowie des Herrenhauses debattellos bewilligt worden, wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Etatsberathung.

Schluß 4¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. März. Wenn in letzter Zeit wiederholt gemeldet ist, daß neuerdings von einem Wechsel im Kriegsministerium Abstand genommen sei, so erfahren wir heute aus gut unterrichteter Quelle, daß General Bronsart v. Schellendorff nach Beendigung der Berathung der Militärvorlage, wie solches schon mehrfach von uns gemeldet worden, das Kommando eines Armeekorps übernehmen wird. Unter den Generalen, welche als Nachfolger des Kriegsministers bezeichnet werden, nennt man den „Allg. Reichs-Korresp.“ jetzt mit großer Bestimmtheit den Gouverneur von Straßburg, General der Infanterie v. Verdy du Vernois, und zwar neben dem früher designirten General v. Blume. Einem größeren Avancement in den höheren Kommandostellen wird, wie uns berichtet wird, in Kürze entgegenge-
sehen; so soll Generalleutnant v. Kroßigk, Chef des Militär-Reitainstituts in Hannover, das Kommando einer Division erhalten, während man in Hannover den Oberst v. Kleiß, Kommandeur des 3. Garde-Infanterie-Regiments, als Nachfolger des Generals bezeichnet. Auch soll ein Wechsel in den Kommandos der 20. Kavallerie-Brigade, sowie der drei Kavallerie-Brigaden des 11. Armeekorps in Rassel, Darmstadt und Frankfurt a. M. bevorstehen, ebenso bei der 2., 3. und 4. Garde-Infanterie-Brigade, von denen beide erstere Kommandeure in andere Dienststellungen über-
treten würden. Jedenfalls scheint festzustellen, daß Personal-Veränderungen in größerem Umfange jetzt zu Beginn des Frühjahrs in der Armee eintreten.
(B. Z.)

Die Kommandirungen der Marine Offiziere für den Sommer 1889 sind nunmehr veröffentlicht worden. Dieselben entsprechen den schon früher darüber gemachten Mittheilungen und bieten deshalb im allgemeinen wenig Neues. Die Mandatverträge besetztigt Konteradmiral von Kall, der drittälteste der Admirale, der am 14. Mai 1887 zum Konteradmiral befördert worden ist. An die Spitze des Übungsgeschwaders wurde der jetzige Chef des Schulgeschwaders, Konteradmiral Hollmann, gestellt, dessen Admiralspatent vom 17. August 1888 herrührt. Prinz Heinrich übernimmt die Führung der neuen Kreuzerflotte „Trene“, welche dem Mandatgeschwader beigesetzt ist. Die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ besetztigt Kapitän zur See von Arnim, der noch in der letzten Marine Rangliste als Korvettenkapitän verzeichnet ist. Zum ersten Male ist die Torpedobootsflotte dem Kapitän zur See Barandon anvertraut, der zugleich die Inspektion des Torpedowesens übernimmt. Kapitän zur See Tirpitz ist jetzt vom Torpedowesen zurückgetreten und hat die Führung des Panzer-
schiffes „Preußen“ erhalten. — Der Kapitän zur See Balois ist an Stelle des Kapitäns zur See Köster zum Oberwerftdirektor in Kiel ernannt worden und hat als Nachfolger in Danzig den zum Oberwerftdirektor ernannten Kapitän zur See Schulze erhalten. — Durch Admirali-

tätsverfügung ist die Zahl der in diesem Jahre zur Einstellung kommenden Kadetten auf 50 festgesetzt worden. — Zur Vornahme der diesjährigen Frühjahrsbesichtigungen trifft der kommandirende Admiral Freiherr v. d. Goltz am 27. d. M. in Kiel ein. Am 28. Vormittags findet eine große Parade statt, an welcher sämtliche in Kiel garnisonirende Marinetheile und die Landungskorps der im Hafen liegenden Schiffe theilnehmen. Am 29. Vormittags findet Parade in Friedrichsort statt, an welcher sich die Besichtigung der Schiffsjungenabtheilung und der 1. Matrosen-Artillerieabtheilung anschließt.

Herr Pastor Witte von der Goltzthalkirche, der einen öffentlichen Streit mit Herrn Hofprediger Stöder hatte, in welchem er letzteren einer Verletzung der Wahrhaftigkeit überführte, ist deswegen von Herrn Stöder beim brandenburgischen Konsistorium verklagt worden. Die Klage wurde indeß abgewiesen. Nunmehr hat Herr Witte Herrn Stöder verklagt und hat Dienstag die erste Vernehmung vor dem Oberkirchenrath. Die Vernehmung findet ohne Zeugen statt und erfolgt allein vor dem Justitiarius des evangelischen Oberkirchenraths. Pastor Witte hat eine sehr umfangreiche Denkschrift abgefaßt, in welcher er, wie uns mitgeteilt wird, die ganzen christlich-sozialen Bestrebungen Stöders und seiner Anhänger darlegt.

Die Reichstagskommission für das Genossenschaftsgesetz trat heute wieder zusammen. Der vom Abg. v. Rheinbaben verlesene Bericht wurde mit geringen redaktionellen Änderungen genehmigt und soll heute noch zur Vertheilung kommen, um Donnerstag auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt zu werden.

Ueber die Aussichten der Wismann'schen Expedition in Ostafrika läßt sich der „Hannoversche Courier“ wie folgt aus: „Die näheren Mittheilungen über die Ausrüstung der Wismann'schen Expedition werden überall das Gefühl erwecken, daß das Unternehmen bis ins Kleinste hinein mit der peinlichsten Sorgfalt und Umsicht vorbereitet ist, und man wird schon daraus den Schluß ziehen dürfen, daß der Reichskommissar auch die Stärke seiner Truppe gegenüber den Streitkräften des Feindes genau geprüft und abgemessen hat. Bekanntlich sind die Anwerbungen in Kairo von günstigem Erfolge gewesen, und die ägyptischen Truppen, welche sich bei Suakin unter englischen Offizieren so trefflich geschlagen haben, werden unter deutscher Führung in Deutsch Ostafrika hoffentlich nicht Schlechteres leisten. Der deutsche Unteroffizier hat sich als Exerziermeister einen Weltruf erworben, und das halbe Hundert, welches den Reichskommissar begleitet, gehört zu den auserlesenen seines Standes und wird auch den schwarzen Untergebenen die nöthige Disziplin schon beibringen. Von den Offizieren des Hauptmanns Wismann aber hat sich, abgesehen von dem Führer selber, ein großer Theil bereits in siegreichen Kämpfen gegen die Araber bewährt, und zwar mit Streitkräften, die ungleich geringfügiger und minderwerthiger waren als die Wismann'sche Truppe. Mag man daher noch so viel orakeln, daß die Entsendung des Reichskommissars den Anfang einer Kolonialpolitik bilden werde, die nach dem Muster von Tonkin nach und nach viele Tausende deutscher Soldaten verschlingen müsse, — wir hegen die feste Zuversicht, daß jene Prophezeiungen sich nicht erfüllen werden.“

Die Verhandlungen über den Nachtragset im Reichstage veranlassen das „Leipziger Tageblatt“ zu folgender Betrachtung:

„Man hätte denken sollen, daß die allgemeine Besprechung nur eine sehr kurze sein würde, zumal auch patriotische Rücksichten vor der Definitivität und dem Auslande eine geziemende Zurückhaltung bedingen. Doch wer so gedacht, hatte vergessen, daß wir im Reichstage Sozialdemokraten, „Freisinnige“ und Ultramontane haben, welche heute in den Personen der Abgeordneten Bebel, Richter und Windthorst sich zum Worte drängen. Was liegt daran, wenn die Regierung noch so fest davon überzeugt ist, die Sicherheit des Reiches erheische unbedingt eine Reform oder Vermehrung der Artillerie, was hat es für einen Werth, wenn diese Nothwendigkeit durch den Kriegsminister unwiderleglich erwiesen

wird? Die Sachverständigen, nämlich Herr Richter und Herr Windthorst, sind anderer Meinung, und der Kontrahent Heuser mag sagen, was er wolle — Herr Veber ist ihm doch „über“. Aber seit zwei Jahren haben wir doch einen bedeutenden Fortschritt gemacht, das demokratisch-liberale Bündnis kann zwar nörgeln und mäkeln, aber schaden kann es nicht mehr, aus der Majorität Richter-Windthorst-Grillenberger ist eine „erdrückende“ Minderheit geworden, obgleich diesen „Tribunen“ noch einige Polen, Dänen und Postfächer zur Seite stehen, wenn auch Freund Antoinette ihnen schändlich den Rücken gelehrt. Wir begreifen den Zorn und den Schmerz dieser kritischen Trias, daß ihre Macht von einstens dahin, wir können es verstehen, wie diese „freisinnigen“ Deutschen in Celler-Gisbhorn-Beine für den Welsen schwärmen, denn in jedem „Gewinn“ eines Reichsfeindes sehen sie eine Verstärkung der eigenen Partei. Aber wir sind beruhigt, uns scheidet es nicht an, ob wir ein Mandat mehr oder weniger haben, wir verschmähen die unjenseitigen so geläufigen demagogischen Mittel, wie wir ihre Ziele verachten, und vertrauen auch ferner dem inneren Werte der von uns vertretenen Sache und dem gesunden Sinn der großen Mehrheit der deutschen Nation. Sie werden Deutschland und dem deutschen Reiche nicht schaden, weil sie es nicht können, weil unsere Regierung auf dem Posten ist und die Mehrheit des Reichstages Vertrauen hat zu ihrem Kaiser, zu ihrem Kanzler, und weil sie Hand in Hand geht mit der Regierung.“

Ein junger schwedischer Offizier, der Premierleutnant Maltensborg vom schwedischen Jägerkorps, ist zur Zeit bei der hiesigen Feuerwehrgesellschaft, um hier unter der persönlichen Obhut des Branddirektors Stude den Feuerwehrdienst kennen zu lernen.

Von Seiten der Schweiz ist kürzlich eine höchst wichtige Anregung bei den europäischen Regierungen gegeben worden. Es handelt sich um die Anbahnung einer schon seit Jahren als unentbehrliche Voraussetzung einer durchgreifenden Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter erachteten Herstellung einer allgemeinen Fabrikgesetzgebung. Diefelbe soll zunächst folgende Punkte umfassen: Verbot der Sonntagsarbeit; Festsetzung eines Minimalalters für die Zulassung der Kinder in den Fabriken; Festsetzung eines Maximalarbeitstages für jugendliche Arbeiter; Verbot der Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen in besonders gesundheitsgefährlichen und gefährlichen Betrieben; Beschränkung der Nacharbeit für jugendliche und weibliche Personen; Art und Weise der Ausführung der allfälligen abgeschlossenen Verträge. Die Konferenz ist für September in Aussicht genommen.

Maschinen.

Paris, 17. März. „Die Periode der persönlichen Verantwortung hat begonnen und die Verfolgten werden denen, die sie verfolgen, reichlich wiedergeben, was sie ihnen zu Leide gethan!“ So rief Laguerre am 14. März drohend in der Deputiertenkammer aus, und bereits am 16. März gab derselbe Laguerre eine Probe zum Besten, wie dies zu verstehen sei. Er zitierte den Minister des Innern, Konstant, der Annahme von 10,000 Franken und 250 Aktien der Versicherungsgesellschaft in Nancy vom Jahre 1882, welche die Presse todt schwiege, weshalb er drohte, seine Freunde würden an ihre Stelle treten. Sagen wir sogleich, daß die Tagesordnung Laguerres gegen Konstant nicht, sondern Uebergang zur einfachen Tagesordnung beschlossen und die Kammer damit die Sache erledigt hat. Konstant erzählte, um seinen Gegner von vornherein zu kennzeichnen, daß der erste Besuch, den er bei seiner Rückkehr aus China in Paris erhalten, eben dieser nämliche Laguerre sowie andere Boulangisten gewesen seien, die ihn ersuchten, Bekanntheit mit Boulangier zu machen; Redner habe jedoch erwidert, Boulangier werde er niemals; daher das Mißvergnügen dieser Leute. Ein Andenken habe er, Konstant, allerdings damals, als er als Präsident an der Verwaltung eines Finanzinstituts der Stadt Lyon theilgenommen, aber nicht 10,000 Franken und 250 Aktien, sondern von dem Direktor der Versicherungsgesellschaft eine arabische Flinte und eine Lpener Fleischwurst bekommen. (Gelächter.) Ernstlich auf solche Beschuldigungen in der Kammer zu antworten, sei er nicht im Stande, werde also auch nicht ernstlich gegen solche Beschuldigungen antworten. (Wiederholter Beifall.) Uebrigens bezeichnete Laguerre, frech, wie er ist, Konstant als Betrüger (heftiger Lärm) und wurde darauf zur Ordnung gerufen und die Zensur über ihn verhängt. Diefelbe bedeutet die Einziehung der Hälfte eines monatlichen Deputiertengehalts und die Verklündigung des konstituierten Deputierten durch Maueranschlag an allen Orten des Wahlkreises. Die ganze Art, wie sich Laguerre und Genossen benehmen, ist nicht geeignet, die Achtung vor denselben zu erhöhen.

Rom, 18. März. Ministerpräsident Crispi machte in der heutigen Sitzung zunächst Mittheilung von der jüngsten Umgestaltung des Ministeriums. Der Finanzminister zog hierauf die früheren Finanzgesetzentwürfe zurück und befehlt sich vor, demnächst einen umgearbeiteten Entwurf über die Revision der Gebäudesteuer vorzulegen. Sodann brachte derselbe einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ermächtigung der Regierung zur Abänderung der Zolltarife auf Grund königlicher Dekrete. Auf eine bezügliche Anfrage Bonghis erklärte Crispi, die Lösung der Ministerkrise entspreche den letzten Bestimmungen der Kammer und sei

höher verfassungsmäßig. Der Zwischenfall war damit erledigt. Eine von den Deputierten Della Valle und Di Rudini angekündigte Interpellation wegen des dem Sultanate von Ochia zugesagten Schutzes erklärte Crispi morgen beantworten zu wollen.

Stockholm, 16. März. Die „Nya Dagligt Allehanda“, welche engere Beziehungen zu dem gegenwärtigen Ministerium unterhält, giebt auf Brerell's Interpellation die Antwort, welche der Minister des Auswärtigen gegeben hätte, wenn die Anfrage von der Kammer genehmigt worden wäre. Diese Antwort, die ein Jeder selbst sich geben konnte, geht dahin, daß unser Verhältnis zu Deutschland das freundlichste und beste sei, daß die Freundschaft sich auf gegenseitige Achtung, gemeinsame Interessen und „intime dynastische Verbindungen“ gründe, und daß die persönliche Verührung des Königs mit Europas mächtigsten Monarchen zur Stärkung der Freundschaft mit Deutschland beigetragen habe, daß aber ein politischer Vertrag oder Bündnis, welches deutsche Blätter angedeutet haben, weder von den hiesigen Zeiten, noch von einer früheren oder späteren Zeit her existiere, und nie die Rede davon gewesen sei. Wer die Vorsichtsmassregeln, welche im Grundgesetze (der „Regeringsform“ von 1810) für die Handhabung der diplomatischen Angelegenheiten vorgeschrieben sind, und zugleich das streng konstitutionelle Vorgehen des Königs klar lennt, für den konnte ein heimlich geschlossenes Bündnis gar nicht in Frage kommen.

Die Regierungsvorlage über Requisitionen für das Heer im Kriegesfall, welche den Ausgangspunkt für jene Interpellation bildete, ist vom Gesandtschaftsrat zur Ablehnung eingestellt worden — nicht sowohl wegen der Sache selbst als wegen juristischer Bedenken, indem der in den Requisitionen enthaltene Eingriff in das Privat-Eigentumswort eine Veränderung im Grundgesetze erfordert, welche der bezügliche Gesetzentwurf nicht vorgesehen hat.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. März. Der diesjährige anhaltende Winter hat auch den Bienenzüchtern erheblichen Schaden zugefügt: schon viele Bölker sind, da die Vorräthe nicht ausreichen, was besonders auch dem versessenen Trachtjahr zuzuschreiben ist, dem Hungertode anheimgefallen. Andere Bölker aber sind, da ihnen die anhaltende Kälte einen Reinigungsaussatz nicht gestattet, von der sie reduzierenden und öfters auch ganz vernichtenden Auszehrung befallen.

Der hiesige konservative Verein ladet für Dienstag, den 26. d. M., zu einer öffentlichen Versammlung nach Wolffs Saal ein. In derselben wird der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Dr. Kropatsch einen Vortrag halten.

Nach dem Beispiel anderer größerer Städte will ein Unternehmer auch für Stettin öffentliche Stiefelpumper anstellen und zwar zunächst an vier Stellen, am Personenbahnhof, am Eingange zur Laßballe, am Berliner und Königschor. Auch ein Stiefelpumper soll an diesen Stellen auch ein Kontrollautomat aufgestellt werden, welcher letzterer gleichzeitig als Sitz für die Kunden dienen soll. Die Einrichtung soll mit dem 1. April beginnen.

Der 15 Jahre alte Büchsenmacherlehrling Georg Reichel aus Berlin hat sich von dort heimlich entfernt in der Absicht, in Stettin als Koch auf ein Schiff zu gehen. Der Vater des J. war deshalb hier anwesend, um die Festnahme seines Sohnes bewirken zu lassen. Der Aufenthalt des Letzteren ist aber bisher nicht ermittelt.

Seit langer Zeit ist im Stadttheater nicht so herzlich gelacht worden, als gestern Abend, wo zum Benefiz für Fräulein Brauns Rosen's wirkungsvolles Lustspiel „Die diese Männer“ zur Aufführung gelangte, und zwar in trefflicher Besetzung. Die Benefizantin als Geheimrätthin Schraube gab eine überaus drollige Figur, sie ernühte nicht nur lebhaften Beifall, sondern auch eine Unmenge von Blumen und Kränzen. Aber auch die übrigen Mitwirkenden leisteten durchweg ausgezeichnetes, besonders hervorzuheben wollen wir noch Frä. S. W. S. und die Herren Karup und Lettinger.

In der Zeit vom 10. bis 16. März wurden hieselbst 26 männliche, 24 weibliche, im Summa 50 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 23 Kinder unter 5 und 17 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 7 an Krämpfen, 3 an Durchfall resp. Brechdurchfall, je 2 an Abzehrung und Bräune, je 1 an Lebensschwäche und Diphtherie; von den Erwachsenen 6 an organischen Herzkrankheiten, 3 an Diphtherie, je 2 an Schwindel und Altersschwäche, je 1 an Rothlauf, Rheumatismus, Krebskrankheit und in Folge eines Unglücksfalls.

Aus den Provinzen.

Greifenberg, 18. März. Nachdem sich vor einiger Zeit eine Volkerei-Genossenschaft mit dem Sitz in Zimmerhausen gebildet, haben sich nun wieder zwei derartige Genossenschaften neu gebildet, wovon die eine eine Zentrifuge in Stuckow und die andere in Rüdelsow aufstellt. Auch am hiesigen Ort sollen die Verhandlungen zur Bildung einer Genossenschaft bereits soweit gefördert sein, daß deren Errichtung in nächster Zeit geschehen wird. Der Bahnverkehr auf der Strecke nach Alt-Damm zu war Freitag ganz und auch noch bis

gestern Morgen durch das anhaltende Schneetreiben unterbrochen, wie dies in diesem Winter nun schon vier Mal der Fall war. — Die hier gastierende Theatergesellschaft des Herrn Direktor Sulitz leistet ganz Außerordentliches und erfreuen sich die Vorstellungen eines guten Besuchs. Besonders sind es Frau Direktor Sulitz und der Komiker Herr Haeser, deren Spiel stets einen reichen Beifall erntet; doch auch die anderen Mitglieder sind ihren Rollen vollständig gewachsen. — Beim Beginn der heutigen Abiturientenprüfung im Gymnasium wurden die Oberprimar-Stud von hier und Maas aus Rottmow von der mündlichen Prüfung dispensirt. Ueber das sonstige Resultat des Examinens haben wir beim Schluß dieses Berichts noch keine nähere Nachricht erhalten können.

Kunst und Literatur.

Geschichte des römischen Kaiserreichs von der Schlacht bei Actium und der Eroberung Egyptens bis zum Einbruche der Barbaren von Viktor Duruy. Uebersetzt von Professor Dr. Gustav Herzberg. Mit ca. 2000 Illustrationen. 87.—89. Heft à 80 Pf. Verlag von Schmidt & Günther in Leipzig. Diese drei Lieferungen, welche den Anfang des fünften und letzten Bandes bilden, enthalten folgende Kapitel: Das römische Reich unter der Herrschaft christlicher Kaiser. Die Zeit von Konstantin bis auf Theodosius I. (306 bis 395 n. Chr.). Erstes Kapitel, Konstantin, Maxentius und Licinius (306—324). II. Gleichzeitige Herrschaft von sechs Kaisern. III. Niederlage und Tod der Kaiser Maxentius und Maximinus Daza (311 bis 313). IV. Tod des Licinius. V. Alleinherrschaft Konstantins. Zweites Kapitel, Konstantins Religions- und Kirchenpolitik. I. Die wunderbare Erscheinung. Das Labarum. Der Sonnendienst. II. Das Edikt von Mailand (313) und seine Folgen. III. Die Münzen Konstantins. Allgemeine Uebersicht über seine Religionspolitik. Allein 68 Bildertafeln und Textillustrationen geben diese drei Lieferungen und ist das große, einzig dastehende Werk namentlich für Schulbibliotheken geradezu unentbehrlich. [44]

Schiffsbewegung.

Der Schnelldampfer „Aller“, Kapitän H. Christoffers, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 6. März von Bremen und am 7. März von Southampton abgegangen war, ist am 15. März, 1 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in Newyork angekommen.

Bermischte Nachrichten.

Hamburg, 16. März. Heute Borwiltag versuchte der Steuermann und Marine-Rieseroffizier Göbel, seine Braut, die Chorkristin Fanny Lengener aus Berlin, durch einen Revolverversuch zu tödten, darauf jagte er sich selbst eine Kugel durch den Kopf. Göbel blieb sofort todt, seine Braut ist schwer verletzt. Als Motto der That wird Eifersucht angegeben. Der Nordversuch und Selbstmord dieses Marineoffiziers hat hier eine ungeheure Sensation hervorgerufen. In einer Vorstellung der Operette „Karin“ verliebte sich Göbel in die Schauspielerin Fanny Lengener aus Berlin, mit welcher er sich alsbald verlobte. Göbel veranlaßte seine Braut, das Theater zu verlassen, und er mietete dieselbe Reeperbahn Nr. 60 auf St. Pauli ein. Im Besitz von 7000 Mark baaren Geldes begann Göbel, die Braut mit allem möglichen Luxus zu umgeben, und traf alle Vorbereitungen zur Hochzeit. Durch das stolze Leben und die reichen Einkünfte war indessen bereits nach zwei Monaten das Geld ziemlich aufgebraucht. Göbel machte vergebliche Versuche, Anstellung im Hamburger Zolldienst zu erlangen. Ebenso vergeblich war der Versuch, sich mit dem Bruder der Braut in Berlin zu etabliren. Die grenzenlose Eifersucht scheint Göbel schließlich zu dem Entschluß getrieben zu haben, damit nicht vielleicht ein Anderer die Braut besitzen möchte, erst diese und dann sich zu tödten. Schon einige Tage vor der Ausführung dieses Vorhabens hat Göbel wiederholt sich gegen Bekannte dahin geäußert, er möchte auf gleiche Weise wie Kronprinz Rudolf mit seiner Geliebten sterben. Der Verstorbene ist aus Donauwörth in Bayern gebürtig und ein Sohn des dortigen Bahnhofseinspektors.

Viehmarkt.

Berlin, 18. März. Städtischer Zentral-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen mit Einschluß des gestrigen und vorgestrigen Vorhandels: 4010 Rinder, 10,077 Schweine, 1586 Kälber, 14,131 Hammel. Das Rinder geschäft wickelte sich langsam ab. Ältere große knochige Ochsen waren, wenn gleich nicht so stark vertreten wie vor 8 Tagen, fast noch schwerer veräußert und hinterlassen Ueberstand. Man zahlte für 1. Qualität 49—53 Mark, 2. Qualität 42—47 Mark, 3. Qualität 36—39 Mark, 4. Qualität 32—35 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Bei Schweinen verlief der Markt ebenfalls nur langsam, obgleich dem Auftriebe entsprechender Export stattfand. Prima-Ware im Gewicht von 250 bis 300 Pfund war wiederum nur in geringer Zahl zugeführt, aber sehr gesucht. Man zahlte für 1. Qualität 54—55 Mark, 2. Qualität 50 bis 52 Mark, 3. Qualität 45—49 Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara. Saloner (wovon 240 Stück am Platze) waren im Preise fest, wurden aber nicht geräumt, 53—56 Mark pro 100 Pfd. mit 50 Pfund Tara pro Stück.

Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig,

es wurden etwas bessere Preise erzielt als im vergangener Woche. Man zahlte für beste Qualität 44 bis 56 Pfg. und für geringere Qualität 32—42 Pfg. pro 1 Pfd. Fleischgewicht.

Wenn auch bei Hammeln ziemlich die vorwöchentlichen Preise zu erreichen waren, so gestaltete sich der Handel doch bedeutend kauer, zumal ungünstige Nachrichten von außerhalb, sowie das neuerdings erlassene Verbot der Ausfuhr nach den Nordseehäfen das Exportgeschäft ungünstig beeinflussten. Man zahlte für beste Qualität 45 bis 50 Pfg., beste Lämmer bis 52 Mark, für geringere Qualität 38—44 Pfg. pro 1 Pfd. Fleischgewicht. Der Markt wird bei Weitem nicht geräumt.

„Fleischgewicht“ ist das Gewicht der 4 Viertel, auf welche der per Stück gezahlte Preis, aber nach Abzug des durchschnittlichen Werths von Haut, Kopf, Füßen, Eingeweiden oder „Kram“ zc. vertheilt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Königsberg i. Pr., 18. März. Das hiesige königliche Eisenbahnbetriebsamt macht bekannt: Der Betrieb auf der Strecke Insterburg-Lyd ist wiederhergestellt.

Allenstein, 18. März. Das königliche Eisenbahnbetriebsamt macht bekannt: Der Verkehr auf der Strecke Neßlad-Zinten ist wiederhergestellt.

Hannover, 18. März. Bei der am 16. März er. im Wahlkreise Celle-Gisbhorn stattgehabten Reichstagswahl wurde von den Wählern (Welfen) gewählt. Freisinnige und Sozialdemokraten stimmten für denselben.

Wien, 18. März. Abgeordnetenhause. Das Budget für die Landesverteidigung wurde angenommen.

Wien, 18. März. Der russische Botschafter, Fürst Lobanow, hat gestern seine Urlaubreise nach Petersburg angetreten.

Wien, 18. März. Bei den heute hier vom dem dritten Wahlkörper vorgenommenen 17 Ergänzungswahlen für den Gemeinderath gewannen die Antikemiten 9 neue Sitze, welche bisher 2 Liberale und 7 Demokraten inne hatten. Von den Wahllokale im Bezirke „Leopoldstadt“ kam es zu Ausschreitungen und zu einer Schlägerei, so daß die Polizei einschreiten mußte. Es wurden gegen 20 Verhaftungen gemacht.

Der „Presse“ zufolge wird sich die Kaiserin wegen erneuten Auftretens ihres früheren Leidens auf Anrathen der Aerzte und auf Wunsch des Kaisers in Begleitung der Erzherzogin Valerie zu einem dreiwöchentlichen Kur-Aufenthalte zum Professor Negger nach Wiesbaden begeben. Wien, 18. März. (B. L.) Die Czaren sprengen aus, das Kaiserpaar werde im April auf einige Tage Prag besuchen.

König Milan wird morgen von dem Kaiser ohne jedes Zeremoniell empfangen werden. Auch die übliche Hofstafel unterbleibt. Als Grund hierfür wird offiziös die Hoftrauer angegeben. Milan reist noch morgen wieder nach Pest ab; derselbe wird hier noch den Grafen Kalnoky sprechen.

Pest, 18. März. Der Kommunikations-Ausschuß hat die Suezkanal-Konvention und den Gesetzentwurf betreffs Baues der strategischen Bahnstrecke Dees-Zilah angenommen.

Paris, 18. März. Boulanger hat in einem Schreiben an seine Wähler im Nord-Departement die Annahme des Deputiertenmandats für das Seine Departement angezeigt. Der glänzende Sieg in Paris vom 27. Januar legte ihm die Verpflichtung auf, den 245,000 Stimmen der dasigen Wähler Rechnung zu tragen. Er werde sich indes bei den nächsten Wahlen wieder zusammenfinden mit den Wählern des Nord-Departements, welche bereit seien, den Kampf für die verkannte und verleugnete Freiheit und für das zu Boden getretene Recht fortzusetzen.

London, 18. März. Unterhaus. Der erste Lord der Admiraltät, Lord Hamilton, theilte dem Hause mit, England habe das Protektorat über elf von den dem Cook- bzw. Hervey Archipel angehörigen Inseln übernommen. Unterstaatssekretär Ferguson erklärte auf eine bezügliche Anfrage, es gebe keinen Grundsat, des internationalen Rechts, auf Grund dessen von der deutschen Regierung eine Entschädigung für die Verluste britischer Indier auf Sansibar gefordert werden könne. Deutschland und Italien hätten in den jüngst mit fremden Mächten geschlossenen Verträgen erklärt, daß sie hinsichtlich dieser Mächte die Grundsätze der Pariser Deklaration über die maritimen Rechte der Neutralen in Kriegszustand acceptiren.

Belgrad, 18. März. Bei der heutigen Abschiedsaudienz des diplomatischen Korps dankte namens desselben Graf Bray dem König Milan für seine stets bewiesene Lebenswürdigkeit; Milan sagte in seiner Erwiderung unter anderem, daß er seine Rechte, insbesondere Vater- und Erziehungsrchte über seinen Sohn Alexander wahren und nie eine Verklörung zugeben werde; er beschleunige seine Abreise, da viele, so lange er in Belgrad sei, sich in die neue Situation nicht finden würden. König Milan wird von Wien am Freitag zurückkehren und reist dann sofort nach Konstantinopel.

Petersburg, 18. März. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Wilna-Wirballen ist heute wiederhergestellt.

Kairo, 18. März. Der Reichskommissar Hauptmann Wismann ist heute nach Aden abgereist.

